

Kreuzburger Zeitung

Anzeiger für Konstanz und Bitten

Die Gebühren für Anzeigen betragen 80 Pfennig für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum. Offerten und Anzeigengebühren 50 Pfennig

Erscheint wöchentlich sechs Mal
Fernsprecher Nr. 27



Bei Platzvorschrift erhöht sich der Zeilenpreis um 20 Pfennig. Schluss der Anzeigen-Aufnahme vormittags 10 Uhr vor dem Erscheinungstage

Der Bezugspreis beträgt: 6,00 Mark vierteljährlich, 2,00 Mark monatlich, durch die Post bezogen 6,00 Mark, mit Bestellgeld 6,90 Mark

Nummer 252

Kreuzburg OS, Mittwoch 1. Dezember 1920

59. Jahrgang

Der polnische Sieg in Masurien.

Polnische Mehrheit bei den Gemeindewahlen.: Die wachsende Angst der Deutschen vor dem Abstimmungsverbot
Immer noch alldenteutsche Waffensunde.: Die Rigaer Friedensverhandlungen für Polen sehr günstig

Der polnische Sieg bei den Gemeindewahlen in Ermland

Danzig, 30. November. Hiesige Zeitungen geben die Einzelheiten der Gemeindewahlen in dem ehemaligen Plebiszitgebiet von Westpreußen bekannt. Für die Stadtverordnetenversammlung in Stuhm erhielten die Polen große Stimmenmehrheit, sodass sie 5 Plätze in der Stadtverordnetenversammlung bekamen. In Plessin im Kreise Stuhm erlangten die Polen 7 Plätze, die Deutschen dagegen nur 2. Ähnlich verhält es sich in anderen Ortschaften, in denen, wie wir uns sehr gut erinnern, die Deutschen bei der Abstimmung „eine erdrückende Mehrheit“ hatten. Woher diese kam, erklären die jetzigen Gemeindewahlen am besten. Es waren die Emigranten, Leute, welche das Land größtenteils gar-

nicht kannten, verstorbene Leute, die einen Vertreter erhielten, Schwindler mit gefälschten Urkunden, die wie ein Heuschreckenschwarm das Land überfielen, die Einheimischen mundtot machten und nach dem „glänzenden Siege“, der nichts anderes war als ein groß angelegter Schwindel, aus dem Lande verschwanden und die arme Bevölkerung in dem preußischen Elendjoch zurückließen.

Das wird bei uns nicht vorkommen. Wir wollen und werden allein über unser Land entscheiden. Oberschlesien gehört dem Volke und nicht den oberchlesischen Schloßbaronen und Magnaten und den deutschen Hungertüftlern.

Wie Preußen Oberschlesien zu kolonisieren versuchte

Furchtbare Kämpfe hat die slawische Bevölkerung mit Deutschen um den heimatischen Boden auszufechten gehabt. Die Geschichte lehrt uns, daß alle Länder auf dem rechten Elbufer von einer slawischen Bevölkerung bewohnt waren. In ihrem unaufhaltbaren Drang nach dem Osten haben die deutschen slawischen Völkern teils mit Gewalt, teils in friedlicher Weise von ihrem Boden verdrängt. Von manchen slawischen Volksstämmen sind nur noch ihre Namen geblieben. Der Drang nach dem Osten brachte die Deutschen bis nach Schlesien, das zu zwei Dritteln mit deutschen Kolonisten die geschlossene Masse des polnischen Volkes nicht zu zerlegen und gänzlich zu verdauen vermochte, obwohl man dies wiederholt versucht hatte.

Auch gegenwärtig sind die Deutschen wieder an der Arbeit, das polnische Oberschlesien zu kolonisieren. Aber auch diesmal werden ihre versteckten Kolonisationsabsichten vergebens sein. Das polnische Volk in Oberschlesien wird diese Pläne zunichte machen, indem es am Abstimmungstage für Polen stimmt! Das ist die einzige Rettung, welche die Befreiung dem braven oberchlesischen Volke in die Hand gespielt hat. Endlich wird dieses geknechtete Volk die deutschen Zwingherren los und Gelegenheit bekommen, sich im eigenen Hause nach Gutdünken einzurichten. Die schreckliche Vergangenheit lehrt uns, daß die Deutschen ihren Landhunger nie stillen werden.

Es verlohnt sich die friedrichianische Kolonisation näher zu befechtigen. Es würde jedoch zu weit führen, wenn wir die kolonialisatorische Gesamttätigkeit Friedrich II. in polnischen Ländern besprechen wollten. Es genügt daran zu erinnern, wie Friedrich nach der rechtswärtigen Besitzergreifung Schlesiens die Ansiedlung deutscher Kolonisten im polnischen Oberschlesien zu betreiben versuchte.

Am 8. Juni 1742 schrieb Friedrich an seinen Minister Podewils, der auf preussischer Seite die Friedensverhandlungen leitete, er wolle keinen Teil Oberschlesiens haben, da es durch Leute bewohnt sei, von denen er nie treue Anhänglichkeit erhoffen darf. Der Grund zu den richtigen Befürchtungen Friedrichs II. war der nationalpolnische Charakter der oberchlesischen Bevölkerung. Der Zufall wollte es, daß Preußen auch das polnische Oberschlesien erwerben konnte. Da Friedrich II., wie bereits gesagt, von Seiten der polnischen und katholischen Bevölkerung keine Anhänglichkeit erwartete, beschloß er das Land mit Deutschen zu besiedeln. Im Jahre 1751 legte er Friedrichsgrätz im Kreise Oppeln an, wohin im Jahre 1753 hundert böhmische Familien emwanderten. Später wurde noch Petersgrätz und Sacken im Kreise Oppeln gegründet und mit czechischen Protestanten besetzt. Als Friedrich der Große aber gesehen hatte, daß sich die Czechen ebenfalls nicht verdeutschten lassen, verbot er die weitere Ansiedlung mit diesen Leuten.

Die deutschen Beamten erhielten strengen Befehl, in Zukunft nur deutsche Familien zur Kolonisation in Oberschlesien zuzulassen. Diese Absicht wird in den Kontrakten zwischen der Oppelner Kammer und den Kolonisten auf das Genaueste ausgesprochen. Die deutschen Kolonisten wurden in ganz Deutschland zusammengekauft, obwohl man genügend polnische Leute in Oberschlesien an der Hand hatte. Aber die polnische oberchlesische Bevölkerung war natürlich für die preussische Kolonisation nicht geeignet, denn der König wollte das Land so schnell wie möglich germanisieren. Und seinen Germanisierungsplan versuchte Friedrich II. mit aller Energie durchzuführen. Er achtete nicht auf die kolossalen Kosten, die die deutsche Kolonisation verursachte, weil er mit Leidenschaft an der Verdeutschung Oberschlesiens arbeitete. Er verordnete zwar, daß die Herbeischaffung von Siedlungsfamilien nicht mehr als 400 Taler kosten sollte, aber diese Summe stellte für jene Zeiten einen sehr bedeutenden Betrag dar. Indessen kosteten die Familien aus der Rheinpfalz und aus Württemberg, die er am eifrigsten nach dem Osten verpflanzte, bis zu 1000 Talern, weil es damals noch keine Eisenbahnen gab und der Transport nicht billig war. Im Oppelner Kreise befaß er 33 Kolonistendörfer zu gründen. Nach Blumenthal wurden Deutsche aus verschiedenen Gegenden gebracht, ebenso nach Derschau und Fin-

Zur Danziger Frage

Die alliierten Truppen verlassen Danzig

Danzig, 30. November. Am Sonnabend verließen Danzig die letzten englischen Truppen, am Montag begannen die französischen Truppen abzurücken. Den Kommandanten der alliierten Truppen verabschiedete am Sonnabend der polnische Staatskommissar Biesiadeci.

Die Sicherung Danzigs

Danzig, 30. November. Hiesige Blätter melden, daß die beständige Militärkommission des Völkerbundes ihre Unterkommissionen beauftragt hat, die Sicherung des Wasserverkehrs im Danziger Hafen und die Benötigung der Land-, See- und Luftstreitkräfte zum Schutze des Gebietes der Freien Stadt Danzig zu untersuchen.

Ein neuer Kommissar für Danzig

Danzig, 30. November. Nach einer Meldung aus Genf befaßte sich der Völkerbund am 29. d. Mts. mit der Ernennungsfrage eines neuen Völkerbunds-Kommissars für Danzig.

Eine Truppenabteilung nach Wilno durch Danzig

Danzig, 30. November. Die Behörden der Freien Stadt Danzig wurden benachrichtigt, daß der Völkerbunds-Rat beschlossen hat, durch Danzig eine kleine Polizeitruppenabteilung nach dem Abstimmungsgebiet von Wilno zu entsenden. Die Truppen sollten die Aufgabe haben, die Eisenbahnen und Wege im Abstimmungsgebiet unter Aufsicht zu nehmen.

Polens Mission als Bollwerk gegen den Bolschewismus

Berlin, 30. November. Der „Temps“ entwickelte heute die französisch-polnische Politik. Frankreich brauche ein starkes Polen mit Danzig und Oberschlesien, aber nicht deswegen, weil es als Gegengewicht gegen die deutsche Großmacht nötig sei, sondern weil es dem Verlangen aller Kulturvölker diene, da nur ein starkes Polen imstande sei, zu verhindern, daß die Polengebiete des alten russischen Polens oder die alten Oesterreich-Schlesien oder des alten Herzogtums Teschen in die unproduktiven Hände der Bolschewisten fallen. Weiterhin sei ein starkes Polen nötig, weil Deutschland der gefährlichen direkten Verbindung mit dem russischen Anstehungsheer infolge seines körperlichen und moralischen Zustandes nicht gewachsen sei.

Vom polnischen Ministerrat

Warszawa, 30. November. Der Ministerrat hatte auf der Sitzung vom 29. d. Mts. eine längere Beratung über die Plebiszitfrage in Oberschlesien und faßte eine Anzahl Beschlüsse.

Zu den Friedensverhandlungen in Riga

Warszawa, 30. November. Der Ministerrat beriet auf seiner Sitzung vom 29. d. Mts. über die die Friedensverhandlungen mit Rußland betreffenden Angelegenheiten. Einer telegraphischen Berufung seitens der polnischen Friedensdelegation in Riga zufolge reisten als Sachverständige die Vertreter des Eisenbahnministeriums Ingenieur Plechowski und Geysztor von Warszawa nach Riga.

Verhaftung eines deutschen Spions

Bgdogscz, 30. November. Die Militärbehörden in Kassel verhafteten den Kaufmann Ernst Schuhmacher, des Spionage und Agitation zugunsten Deutschlands betrieb. Bei dem Verhafteten wurden geheime Militärbescheide gefunden.

Zur Rigaer Friedensverhandlung Die polnischen Vorschläge durchgesetzt

Riga, 30. Nov. Die polnisch-russischen Friedensverhandlungen werden fortgesetzt. Die Russen stimmten dem polnischen Vorschlag zu in der Frage der Verteilung des früheren russischen Eigentums in Polen und der Frage des Anteils Polens am Wiederaufbau des russischen Wirtschaftslebens. In der Frage des Geiselaustausches ging der Vorschlag der Russen dahin, daß sie bereit seien, den festgehaltenen polnischen Bischof Wocinski zu entlassen, wenn Polen die inhaftierten Führer der russischen Kommission auf freien Fuß setze.

Das Kriegsglück wendet sich Erfolge der Ukrainer

Lemberg, 30. November. In der Gegend von Bloskirow schlug die ukrainische Reiterei eine Brigade des Sowjetmilitärs auseinander und erbeutete einen Panzerzug, 4 Geschütze und 25 Maschinengewehre. Die Ukrainer klagen jedoch über Munitionsmangel, denn die Munitionsdurchfuhr über Polen ist im Sinne des Waffenstillstandsvertrags in Riga gesperrt.

Neue alldenteutsche Waffensunde

Zwoikau, Kr. Ratibor. Am Freitag, den 26. d. Mts. wurde in der Nacht ein Waffenlager der hiesigen Heimattreuen zwischen den Pfeilern an der westlichen Schloßseite entdeckt und ausgegraben. Vorgefunden wurden: 31 Gewehre 98, 1 leichtes M.-G., 46 Handgranaten, 3000 M.-G.-Munition, über 10000 Schuß Infanterie-Munition. Die Waffen gehörten bekannten heimattreuen Stoßtrupplern Zwoikaus.

Aus Kieferstädtel wird uns gemeldet:

Am Schloß des Herzogs von Ratibor wurden am 27. 11. 20 durch die Apo 3 Revolver, 1 Pistole und 400 Schuß Munition beschlagnahmt

lenstein. Nach Georgenwerk kamen Kolonisten aus Hessen-Darmstadt, nach Gräfenort Württemberger, Hessen, Franken, nach Heinrichsfelde Mähren, Ungarn, Hessen und Württemberger, nach Karlsruhe Württemberger, nach Camerau Deutsche aus Oesterreich-Schlesien, nach Münchhausen Sachsen und Pfälzer, nach Schulenburg Sachsen usw. Aus diesen Beispielen geht hervor, daß man Deutsche aus allen Gegenden, sogar aus Polen beschaffte. Seit dem Jahre 1770 wurden auf diese Weise allein im Oppelner Bezirk 70 deutsche Dörfer gegründet. Den deutschen Kolonisten wurde Acker, Vieh und landwirtschaftliche Geräte zum Teil umsonst überlassen. Außerdem wurden die deutschen Kolonisten für acht Jahre von Zinsen und Frondienst befreit. Zur Ausstattung der deutschen Kolonisten gehörte auch Genehmigung zur unentgeltlichen Benutzung der Weideplätze und zum Empfang von Brennholz. Neben diesen Leistungen herrschten noch andere Privilegien. Sie waren für 15 Jahre von Abgaben, Kontributionen, vom Wachdienst usw. befreit. Wie man sieht, hat Friedrich II. seine Schützlinge mit väterlicher Fürsorge und mannigfaltigen Wohltaten umgeben, nur um die geschlossene Masse der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien zu zerlegen.

Vielleicht wird jemand einwenden, daß die ganze Arbeit Friedrichs II. zwecklos war, da Oberschlesien polnisch geblieben ist. Das ist richtig. Die Absichten Friedrichs II. sind nicht in dem Umfange verwirklicht worden, als er dies wünschte. Und warum? Die Antwort lautet:

Ein Glück für das polnische Oberschlesien war der Umstand, daß Friedrich II. mit seinen deutschen Kolonisten in Oberschlesien Recht hatte. Warum, Friedrich II. ließ die Kolonisten werben. Die Werber versprachen den Deutschen goldene Berge, durch die sich diese locken ließen. Gute und einständige Deutsche glaubten den Versprechungen nicht, dagegen, so schreibt der Deutsche Lamotte, der als Kolonisationsbeamter tätig war, wirkten die Versprechungen auf arme, faule, unbeständige und unruhige Leute sehr anziehend. Dieser Art Leute wurden nach Oberschlesien als Kolonisten eingeführt. Der erwähnte Lamotte schreibt wörtlich über die Kolonisten Friedrichs II. (Berliner Monatschrift 1787 II, 561—578): „Bettler eilen ins Land, das ihnen Grundstücke anbietet, Häuser, Geldunterstützungen, verschiedene Freiheiten in Steuern und Abgaben, die andere Einwohner zahlen müssen. Faule Leute melden sich daher in Scharen, da sie ein bequemes Leben erhoffen, zum mindestens aber der Meinung sind, daß sie wenigstens im Anfang ihrer Ansiedlung nicht viel arbeiten brauchen und der Hoffnung sind, die Regierung werde sie stets unterstützen. Das Gesindel hat Aussichten aus dem kummervollen Leben herauszukommen und Hab und Gut zu erwerben, das sie in Kürze wieder verlieren können.“

Weiter schreibt der preussische Autor: „Dieser Art Ankömmlinge verderben die guten Sitten der einheimischen Untertanen. Wenn sie die versprochenen goldenen Berge nicht vorfinden, wenn sie Arbeit verrichten sollen, zu der sie ein Widerwillen empfinden, wenn sie die empfangenen Geschenke verlieren, wenn sie durch unverschämte Forderungen weitere Vorteile nicht erreichen können und durch ihre Zudringlichkeit den Behörden überdrüssig werden, wenn sie jedem Menschen, mit dem sie etwas zu tun hatten, lästig werden, und die Dinge aufs äußerste treiben, dann verlassen sie ihre Siedlungen, nehmen alles mit, was transportabel ist und fliehen aus dem Lande.“ „So hat es ein großer Teil der Kolonisten getan. Sie wirtschafteten auf das aller schlechteste in ihren Häusern und dann ergriffen sie nachts die Flucht, nahmen alles mit, was sie nur zusammenraffen konnten, z. B. die eisernen Beschläge von Türen und Fenstern.“ Ein solches Urteil fällt ein preussischer Beamter über die deutschen Kolonisten Friedrichs II. Er schreibt weiter: „Die Anzahl der Bettler, die auf diese Weise ins Land gezogen wurden, war groß. Sie brachten nichts mit sich, außer einer großen Anzahl von Kinder . . . und nur wenige unter ihnen waren arbeitsam, die Mehrzahl war faul, unge-

Die Deutsche Einsicht

Die Deutschen fangen an, an dem Abstimmungsrecht der Emigranten zu zweifeln

Berlin, 30. November. Die von dem Botschafter Mayer aus Paris überbrachten Mitteilungen, soweit sie die oberschlesische Frage betreffen, haben zu näheren eingehenden Beratungen im Reichskabinett geführt. Obwohl eine offizielle Benachrichtigung durch die Entente immer noch nicht vorliegt, könne es leider als sicher angenommen werden, daß eine weitergehende Einschränkung der Zahl der in Deutschland wohnenden Abstimmungsberechtigten von der Entente vorgesehen wird.

Die Heidenangst und Verzweiflung vor dem Abstimmungsverbot

Berlin, 28. November. Londoner Meldungen zufolge ist die Abreise des französischen Präsidenten aus London auf Dienstag verschoben worden, da der italienische Außenminister erst heute eintreffen könne. Frankreich beharrt auf seinem Standpunkt, den 300 000 außerhalb Oberschlesien wohnenden, die Teilnahme an der Abstimmung auch weiterhin zu verwehren. Dringt der Standpunkt durch, so ist die Hoffnung der Deutschen, die sich gerade auf diese 300 000 Stimmen stützt, zunichte.

schickt, unfähig zu der Unternehmung, für welche sie gewonnen waren.“

Wenn man die Urteile der deutschen Schriftsteller über die Deutschen Kolonisten in Oberschlesien mit den Lobeshymnen der gegenwärtigen preussischen Volksschriftsteller vergleicht, so muß man staunen, mit welcher Leichtfertigkeit die Jugend in den preussischen Schulen und die erwachsene Bevölkerung durch die Volksbibliotheken verdummt und belogen wird. Wohl in keinem Lande ist die Heimatsgeschichte so verdreht und entstellt worden, wie in Schlesien durch die preussische Geschichtsschreibung. Co.

Moskau mit der Volksabstimmung in Wilna unzufrieden

Genf, 30. November. Der russischen Kreise hat sich eine große Erregung bemächtigt deswegen, weil Polen sich auf die Volksabstimmung in Wilna geeinigt hat, da nach Ansicht dieser Kreise das Plebiszit die Grenzen endgültig bestimmt. Anders würde sich die ganze Angelegenheit dargestellt haben, wenn Polen mit Waffengewalt Wilna eingenommen hätte. Das wiedergeborene Rußland würde dann einen Vorwand haben, die polnisch-russischen Grenzen von neuem zu bestimmen. Im allgemeinen macht sich hier überall die russisch-litauisch-deutsche Bewegung gegen Polen geltend.

Die Streifgefahr in Oberschlesien

Kattowitz, 30. November. Der Arbeitgeberverband der oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenindustrie hat die Forderung der Arbeitsgemeinschaft der oberschlesischen Metallarbeiterorganisation auf Zahlung einer einmaligen Wirtschaftshilfe von 1000 Mark abgelehnt. Da der geschäftsführende Ausschuss der Betriebsräte bei Nichtbewilligung der Forderung den Streik in Aussicht gestellt hat, steht zu erwarten, daß bereits am 1. Dezember der Streik beginnt.

Neue Streiks in Niederschlesien

Legniz, 30. Nov. Während der Metallarbeiterstreik als beendet zu betrachten ist, wird bereits eine neue Arbeitsniederlegung in Niederschlesien gemeldet. Die Textilarbeiter Legniz haben den Beschluß gefaßt, wegen Lohnforderungen in den Ausstand zu treten. Es handelt sich um einige hundert Arbeiter.

Neue Generalstreikbewegung in der deutschen Metallindustrie

Berlin, 30. Nov. Die drohende neue Generalstreikbewegung in der deutschen Metallindustrie hat bereits in

Berlin zu der Aufkündigung des jetzigen Tarifvertrages zum 1. Januar geführt und zu der Forderung nach allgemeinen 35prozentigen Lohnzulagen. Diesmal haben die kaufmännischen Angestellten die Forderung zuerst gestellt. Nach den Erfahrungen der letzten Lohnkämpfe ist jedoch mit einem Sympathiestreik der Arbeiter zu rechnen, falls die Forderungen der Angestellten, wie es wahrscheinlich ist, abgelehnt werden sollten.

Neue Lohnforderungen der Berliner Eisenbahner

Berlin, 30. Nov. Betriebsversammlungen der Berliner Eisenbahner haben sich mit der Aufstellung neuer Lohnforderungen beschäftigt. Es wurden 30 Prozent Zulage zu den bisher bezahlten Löhnen als dringend bezeichnet. Die Versammlung beschloß die Einreichung der neuen Forderungen an das Reichsverkehrsministerium.

Zerstörung des Hafens von Helgoland

Helgoland, 30. Nov. Der Hafen von Helgoland ist auf Anordnung der Interalliierten Kontrollkommission für alle Fahrzeuge gesperrt, da er gegenwärtig unter Aufsicht dieser Kommission durch Sprengungen vollständig zerstört wird. Alle Versuche der deutschen Regierung, durch dringende Vorstellungen bei der Kontrollkommission wenigstens einen Teil des Hafens im Interesse der Nordseefischerei zu erhalten, sind ohne Erfolg geblieben. Durch die jetzige Sprengung wird auch die Tätigkeit der geologischen Anstalt auf Helgoland schwer beeinträchtigt.

Italiens Forderungen

4 1/4 Milliarden Lire

Basel, 30. November. Nach Meldungen der italienischen Presse hat Italien seine Wiedergutmachungsansprüche an Deutschland und Oesterreich mit 4 1/4 Milliarden Lire (ungefähr 18 Milliarden Mark) beziffert.

Für Streichung der Kriegsschulden

London, 30. Nov. Der internationale Gemerkschaftsbund hat eine Resolution angenommen, in welcher die Ablehnung der Kriegsschulden verlangt wird, um so zur Hebung der internationalen Valutakrise beizutragen.

Die neuen Minister in Polen

Warszawa, 30. Nov. „Monitor Polski“ veröffentlicht heute die Ernennung des Dr. Steczkowski zum Finanzminister anstelle Grabstis und die Ernennung des Ingenieurs Stefan Przanowski zum Minister für Handel und Industrie anstelle des Dr. Chrzanowski.

Gerechtigkeit

Novelle von B. St. Regmont

27)

„Hale, die haben was zu arbeiten, nur so wissen sie selber nicht. Vielleicht beim Bauer, Jeder Bauer könnte zweimal so viel tun, wie er Arbeit hat, wenn er nur was zu tun hätte, wozu sollte er einen Tagelöhner brauchen. Vielleicht auf dem Herrenhof? — Auch da arbeiten sie, denn was sollte das arme Volk sonst tun! es arbeitet, und wenn es hoch kommt, gibt man ihm sein Geld, das es beim Kartoffelausnehmen verdient hat, zu Weihnachten oder zum Frühjahr. Vielleicht sollen sie in die Fabriken auf Arbeit und ins eigene Verderben gehen! Unfereiner braucht Land, gibt man ihm Land in Brasilien, dann zieht er dahin . . . Es leben doch auch andere Menschen dort, warum sollte nicht unser Volk da auch leben können! Und wenn man schon auf Arbeit gehen muß, dann doch besser zu den Deutschen, als zu unserem Volk! Sie zahlen gut, ehren einen und du bekommst noch obendrein ein Stück Welt zu sehen.“

„Das ist schon wahr!“ bestätigten die anderen fast einmütig.

„Jeder kehrt doch mit Geld aus Preußen nach Hause.“

„Und kommt sich aufgepußt wie ein feiner Herr selber.“

„Das alles ist nichts, als Gottes Strafe!“ knurrte die Alte mißmutig.

Solche und ähnliche Unterhaltungen spannen sich täglich auf den Feldern, in den Häusern und auf der Dorfstraße, überall wo Menschen zusammenkamen; und fast alltäglich tauchte in einem der Dörfer Herrschlik auf und beredete heimlich, im Schutz des Walddunkels die Menschen zum Fortziehen auf Arbeit nach Preußen oder selbst zum Wegzug nach Brasilien. Als Ergebnis seiner eifrigen Arbeit zogen jede paar Wochen neue Haufen Auswanderer hinaus. Es gingen junge und alte Frauen und Halbwüchsige mit Bündeln auf dem Buckel und schleppenden Schritts, vom Weinen der Angehörigen und hundertfältigen Abschiedswünschen begleitet. Weber die Predigten der Priester, noch der Einfluß der

Herrenhöfe und das Aufpassen der Polizei halfen etwas dagegen, das Volk erhob sich, und von den Versprechungen eines besseren Loses geblendet, von der Neugierde nach neuen Ländern aufgepeitscht, ließ es alles liegen und zog von dannen.

Diese Stimmung im Volk dauerte schon einige Wochen, so daß ganz Przylenta in unaufhörlichen Fieber der Auswandererberichte und in einer geheimnisvoll düsteren Geistesverfassung lebte, die die leisen Erzählungen über die Ausgewanderten selbst, über die neuen Länder und voraussetzlichen Schicksale erzeugten.

Alles war dermaßen mit diesen Fragen beschäftigt, daß man schon wenig auf den Jaschel Winciorek achtete, welcher nach erfolgter Genesung sich nicht mehr verborgen hielt und verschiedentlich hier und da auftauchte.

Einmal waren es die Holzfäller, die ihm im Wald begegneten, dann wieder die Hirten, die ihn auf den Wiesen, oder die Knechte vom Herrenhof, die ihn im herrschaftlichen Park gesehen zu haben meinten; er zeigte sich auch bald in der Schenke und ging am helllichten Tage mitten durchs Dorf, sah den Leuten trotzig in die Augen, warf diesem oder jenem ein Begrüßungswort zu und schien vor keinem mehr Furcht zu haben. Dieses machte einen mächtigen Eindruck auf die Leute.

„Daß ihn in Gottesnamen herumlaufen, solange er kann! Was hat er denn Böses begangen? Daß er mit der Forke dem Verwalter zwischen die Rippen gefahren ist, macht doch nichts aus! Er hätte ihm sein Mädel nicht in die Scheune schleppen brauchen.“

„Er sollte jetzt dem Verwalter für sich und für die anderen heimzahlen! Mich hat er einmal im Wald getroffen, wie ich mein Beil bei mir hatte, gleich hat er mich vors Gericht gebracht. Fünfzehn Rubel habe ich zahlen müssen. Und was hab' ich getan? eine kleine Tanne nicht größer wie mein Arm gefällt! . . . Daß du, verfluchtes Aas, den Herrgott in deiner letzten Stunde nicht schaust! . . .“

„Ich bin kein Judas, daß ich ihn anzeigen sollte.“

„Das ist eins, aber wenn du glaubst, daß er dir das dann vergeben würde . . .“

„Versteht sich nicht, ein ganz verbissenes Aas ist er schon.“

„Zwei Jahre hat er im Kriminal gefessen, wird schon ein Praktikant sein.“

„Wird er. Mit einem solchen muß man wie mit einem rohen Ei umgehen . . .“

So redeten die Leute in Przylenta über Jaschel, er aber, als wüßte er, daß es niemand wagen würde, ihn anzuzeigen, ließ sich immer häufiger im Dorf blicken, bis er eines Tages mitten auf der Dorfstraße dem Schultheißen begegnete.

Das Wolfsgeciht des Schultheißen verzerrte sich wie zum Reissen, er sprang auf Jaschel zu.

„Rühr' mich nicht an, du Hund, sonst renn' ich dir die Pfoten aus!“ knurrte ihn Jaschel drohend an.

„Ein Dieb! Greift ihn! Jungen, Laue her! fangt ihn!“ schrie der Schultheiß wütend, doch niemand eilte ihm zu Hilfe, alle hatten sich hinter ihren Häusern verdeckt.

„Geht den Weg frei, Schultheiß, laßt mich in Ruh“, bat der Bursche.

„Aufs Amt mit dir, ins Zuchthaus mit dir, du Dieb!“ er fiel über ihn her.

Jaschel riß plötzlich die Geduld, er ließ ein-, zweimal seine Faust auf seinen Schädel niedersaufen, warf ihn zu Boden, trampelte auf ihm herum und ließ ihn liegen.

Die Menschen trugen den Schultheißen in sein Haus, wo er mehrere Tage krank zu Bett liegen mußte.

„Hat Euch, Herr Schultheiß, der Gänserich gebissen, oder was fehlt Euch?“ machten sich die Bauern über ihn lustig.

„Aasvolf! Kein Verstehen haben sie für eine Amtsperson!“

„Hale, hale! Daß es einer fertiggebracht hat, den Schultheißen wie einen tönernen Topf zusammenzuhaufen!“

„Ein Frauenzimmer würde es nicht besser mit ihrem Waschholz getan haben . . .“

Der Schultheiß entgegnete nichts, raste von Wut und Scham gehezt ins Gemeindeamt und beriet sich darauf lange mit dem Verwalter.

Regelung der Paßgebühren

Paris, 30. Nov. Mit der einheitlichen Regelung der Paßgebühren für Europa hat sich jetzt eine auf Veranlassung des Völkerbundes in Paris tagende Versammlung, an der auch die deutschen Vertreter teilnahmen, beschäftigt. Es soll ein einheitliches Dauervisum für ein Jahr zu dem Gebührensatz von 10 Goldfranken geschaffen werden. Das Dauervisum für die Durchreise soll einen Goldfranken kosten. Innerhalb dreier Monate sollen sich sämtliche beteiligten Regierungen über diese Vorschläge äußern.

Der czechoslowakische Gesandte in Warschau

Prag, 30. Nov. Amtlich wird gemeldet: Dr. Wenzel Sasa, gewesener Bevollmächtigter der tschechoslowakischen Armee in Bladiwostok, ist zum bevollmächtigten Minister und außerordentlichen Gesandten in Warschau ernannt worden.

In den Verhandlungen mit Czechien

Wie wir erfahren, werden die Verhandlungen der czechoslowakischen Regierung mit der polnischen Abordnung über Mindesterhaltung, Staatsbürgerschaft und Amnestie im Laufe des heutigen Tages beendet. Die polnische Delegation wird zum Teile morgen Prag verlassen und bloß einige Mitglieder zur Lösung der schwebenden Finanz- und wirtschaftspolitischen Beratungen zurücklassen.

Die richtigen Brüder

Anlässlich der Beratungen des deutschen Parlaments über die Sonderstellung Oberschlesiens konnte man auch lesen, daß zu dem Sonderausschuß, dem die Behandlung des Selegentournees über Oberschlesien übertragen worden war, unter anderem auch die berückichtigten Herren Höring und Bohlmann angehören.

So ist es recht! Damit werden auch dem säumigsten Oberschlesier die Augen geöffnet. Höring, „der Herr der Oberschlesiens“, wie ihn das Volk nennt, ist von deutscher Seite dazu auserkoren, über die Zukunft unseres Landes zu entscheiden! Es ist nicht nötig, dazu überhaupt noch ein Wort zu sagen. Wir begnügen uns damit, anzuführen, was längst ein obereschlesisches Zentrumsblatt über diese beiden „Freunde“ und ihre neue Mission schrieb:

„Unter solchen Umständen wird die Sache schon schief gehen.“

Ein Danziger über das Verhältnis zu Polen

Ein Mitglied der deutschen unabhängigen sozialistischen Partei in der Danziger Landesversammlung schreibt dem Zentralorgan der polnischen sozialistischen Partei folgende bemerkenswerte Ausführungen über das Verhältnis der Freistadt Danzig zu Polen:

„Das Schicksal Danzigs ist durch den Beschluß des Völkerbundes vom 15. Januar entschieden worden. Mit diesem Tage ist Danzig Freistadt geworden und hat seine Unabhängigkeit erhalten. Die Zukunft der breiten Arbeitermassen der neuen Freistadt erscheint heute dunkler denn je. Die schwere finanzielle Lage Danzigs, die wachsende Versorgungsschwierigkeit, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die unerhörten hohen Steuern lassen einen vollständigen wirtschaftlichen Ruin der arbeitenden Massen befürchten, falls diese nicht beizeiten andere politische Richtlinien erzwingen. Ebenso steht es mit der politischen Lage. Die monarchistischen Gelüste der Danziger Alldutschen die auf dem Kongress der deutschen nationalen Volkspartei in Hannover laut wurden und die in dem Wunsche gipfelten, Kaiser Wilhelm nochmals als Herrscher von Danzig zu sehen, sind ebensowenig geeignet, daß Vertrauen der Danziger Bevölkerung zu den neuen Verhältnissen zu wecken, wie gewisse Bestrebungen in geheimen, militärischen und politischen Vereinigungen der Danziger Alldutschen. Das sind Beweise dafür, daß die verantwortlichen Leiter der Danziger Politik und selbst die überwiegende Mehrheit der Landesversammlung den Geist der Zeit nicht verstehen wollen. Beweise, die überdies die Feierlichkeiten vom 15. November als Tragikomödie erscheinen lassen.“

Geleitet von diesen Motiven stellt Gebauer das eine fest. Die Interessen der Danziger Arbeiter sind dieselben, wie die der Arbeiterschaft Polens. Für die ersteren gibt es daher heute nur einen Ausweg, das ist schnellste Unabhöngung möglich enger Beziehungen mit der Arbeiterschaft der polnischen Republik. In einem Augenblick, in dem die endgültige Entscheidung gefallen ist, schließt sich daher die Danziger Arbeiterschaft den polnischen Genossen an. Denn so wie das Internationale Kapital für seine Interessen wirkt, ebenso muß auch die Arbeiterschaft zu gemeinsamer Arbeit sich die Hand reichen. Dies kann nur vorbereitet und eine Linderung der schweren wirtschaftlichen Lage Danzigs herbeigeführt werden durch enge Anlehnung Danzigs an den polnischen Nachbarstaat, um auf diese Weise Danzigs Handel und Industrie zu heben und dadurch auf festen Boden zu stellen. Im weiteren Verlauf wird auch der Weg zu anderen Staaten angebahnt werden müssen. Von Deutschland hat Danzig nichts mehr zu erwarten. Entgegen allen feierlichen Versprechungen und schönfärbenden Reden im deutschen Parlament stößt die deutsche Regierung Danzig geradezu von sich. Wenn die maßgebenden Instanzen Danzigs daher in gänzlicher Verkennung der Sachlage sich der wirtschaftlichen Annäherung an Polen widersetzen, so muß man ihnen endlich mit ganzem Nachdruck sagen, daß die Danziger Arbeiterschaft nicht mit dem Schicksal Danzigs und seiner Bevölkerung spielen lassen will und nicht ein Spielball unverantwortlicher Kräfte zu werden gedenkt. In diesem Sinne wenden sich die Danziger Sozialisten an die Sozialisten Polens aller politischen Richtungen in der Hoffnung, daß unser Ruf nicht ungehört verhallen wird.“

Benigstens eine Stimme der Vernunft.

Aus Kreuzburg und Umgegend

Mitteilung unserer geschätzten Leser in Stadt und Land über interessante Vorkommnisse sind in der Schriftleitung stets willkommen

Kreuzburg, den 30. November 1920.

— (Geldspende.) Für Joseph Frafset aus Mundschütz haben der Bildungsverein St. Hyacinth und der Gesangsverein Sietkiewicz in Pitschen 200 (zweihundert Mark) in der Redaktion der Kreuzburger Zeitung niedergelegt.

— (O Tannenbaum, o Tannenbaum...) Die Zeit der Christbäume kommt immer näher und mancher Vater, manche Mutter denkt schon kummervoll daran, wie tief sie wohl in die Geldtasche werden greifen müssen, um ihren Kindern ein Bäumchen zu beschaffen. Wie wir erfahren, werden in den waldbereichen Gegenden schon alle Vorbereitungen getroffen, um die Tannenbäume rechtzeitig auf den Weihnachtsmarkt zu bringen. Der Preis wird vermutlich ein sehr hoher sein und wird das 4 bis 5fache des vorjährigen Preises betragen. Leider haben es die nur auf Wucher aussehenden Händler auch auf den Christbaum, dieses schöne Symbol der Weihnachtsfreude abgesehen und werden es wohl auch dahin bringen, daß in manchem weniger mit Glücksgütern begnadeten Heime der Weihnachtsbaum fehlen wird, falls nicht die Behörden rechtzeitig energische Maßnahmen treffen.

— (Verurteilung der Kunzendorfer Räuber.) Vor dem Oppelner Schwurgericht hatte sich der Schlosser Richard Drobek aus Kreuzburg zu verantworten, der angeklagt war, mit noch 5 anderen, bereits verurteilten Banditen im Dezember 1919 die Pfarrei in Kunzendorf überfallen zu haben. Drobek war geständig und wurde zu 2 Jahren, 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

— (Zawadzki (Oppeln). (Ueberfall.) Der Landwirt Gamella aus Brziniß wurde, als er sich auf dem Wege nach Hause befand, im Walde zwischen Collonowsta und Gadow von drei jungen Burschen überfallen, die ihm den Betrag von 3000 Mark wegnahmen. Der Ueberfallene hatte einen der Räuber erkannt und so wurden die Täter ermittelt und ihnen der Betrag wieder abgenommen. Gegen die Täter Gask und zwei Brüder Dilla aus dem Dorfe Heine bei Lublin ist das Strafverfahren eingeleitet.

— (Zawadzki, (Oppeln). (Bestrafte Undankbarkeit.) Am 26. November hörten Passanten Jammern und Lärmen aus der Wohnung des Hüttenarbeiters Sylbester Ach. und mußten beobachten, wie der 20jährige Sohn und die Tochter den arbeitsamen über 60 Jahre alten Vater erbärmlich schlugen und mißhandelten, weil angeblich der alte Mann Brot haben wollte. Der alte kümmerliche Familienvater zeigte weinend den Passanten seine erhaltenen Wunden, worauf diese empört den ungeratenen Sohn herausholten und ihn derart verprügelten, daß ihm wohl die Worte: „Du sollst deinen Vater ehren!“ unvergesslich bleiben werden.

— (Oppeln. (Abreise des Erzbischofs Ratti.) Der apostolische Nuntius für das obereschlesische Abstimmungsgebiet Erzbischof Ratti, der vor einigen Tagen nach Schlesien kam, und in Oppeln wohnte, ist wieder abgereist.

Die Unsicherheit in Deutschland

Einen geradezu klassischen Beitrag für dieses Kapitel bietet eine Eingabe des Brandenburgischen Landbundes, an den Reichsfazler und andere Regierungsstellen. Es heißt darin:

„Der uns angeschlossene Kreiswirtschaftsverband Niederbarnim hat sich in einer Eingabe an den zuständigen Regierungspräsidenten gewandt, um an der Hand vieler Einzelsfälle, die im Kreise herrschende Unsicherheit von Leben und Eigentum darzulegen und durchgreifende Abhilfe zu fordern. Wir möchten bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Verhältnisse, besonders in der Nähe der größeren Städte und den Fabrikgegenden überall ähnlich liegen und daß die daraus entstehenden Zustände tatsächlich jeder Beschreibung spottien. Wenn die maßgebenden Regierungsstellen nicht den nötigen Schutz gewähren können, trotzdem aber den Zusammenschluß der Bauern zur Abwehr solcher Verbrechen und die Organisation einer gesunden Selbsthilfe auf dem Lande verbieten, obwohl ihnen die täglich größer werdende Unsicherheit auf dem Lande nicht unbekannt geblieben sein kann, so muß dies geradezu als ein Verbrechen am Landvolk bezeichnet werden.“

Immer wieder hören wir von deutscher Seite, daß Oberschlesien das unruhigste Land sei. Im Zusammenhang damit werden fortwährend haltlose und schwere Beschuldigungen, besonders gegen die polnische Bevölkerung des Abstimmungsgebietes gerichtet. Auf deutscher Seite sieht man den Splitter im Auge des Nächsten, den Balken im eigenen Auge sieht man nicht.

Wenn die Unsicherheit in Deutschland so groß ist, daß darüber schon Eingaben an die höchsten Reichsstellen erfolgen müssen, so sind das vielleicht in den Augen der deutschen Abstimmungspreste idyllische Zustände, der größte Teil der ruhigen Bevölkerung Oberschlesiens will jedoch damit nichts zu tun haben.

Die Folgen der Drangsalierung der polnischen Arbeiter in Deutschland

In den letzten Monaten wurden unsere polnischen Arbeiter seitens der deutschen Arbeiter, Arbeitgeber und den deutschen Behörden gemäßigelt, aus Deutschland ausgewiesen in großen Mengen, wodurch ihnen selbstredend große wirtschaftliche und materielle Schäden entstanden sind. Dem gegenüber stehen die polnisch organisierten Arbeiter in Polen nicht müßig da, wie das der nachstehende Beschluß aufweist.

B e s c h l u ß

An alle im Kreise Krotoszyn wohnenden Deutschen! Die vereinigten Arbeiterschaften Z. Z. P. und N. P. A. beschloßen in der am 21. 10. d. Js. abgehaltenen Versammlung dem Beschlusse der vorher abgehaltenen allgemeinen Volksversammlungen beizustimmen.

Laut dessen machen wir sämtliche deutsche Einwohner darauf aufmerksam, sich sofort an die deutsche Regierung zu wenden mit der Bedingung:

1. Den Polen in Deutschland bleibt das Recht, polnische Vereine beizubehalten und Versammlungen abzuhalten,
2. das Verbot der polnischen Sprache und polnischen Unterrichtes zu vermeiden,
3. polnische Einwohner in Deutschland dürfen nicht in ihren Beschäftigungen, Wohnungen und Eigentum ausgewiesen werden.

Im Falle Nichtbefolgung werden wir an den in Polen wohnenden Deutschen, wie wir es schon zeigen mußten, Wiedervergeltung nehmen müssen. Doch wir wollen nicht herzlos sein und warten noch bis zum 15. November d. Js. auf Antwort und Besserung seitens der deutschen Regierung.

Den in Deutschland wohnenden Polen müssen also freie Rechte bleiben und sie in jeder Hinsicht als freie Bürger gleich den Deutschen behandelt werden, wie wir auch euch in Polen behandeln. Ihr wißt doch, daß der polnische Arbeiter in Deutschland sehr viel zu der Existenz Deutschlands beiträgt, während der größte Teil von euch auf Kosten des polnischen Volkes zu großem Reichtum kommt, die schönsten Wohnungen und Besitzungen sind in euren Händen.

Falls dieser Aufruf sein Ziel nicht erreicht, sind wir gezwungen, ohne Rücksicht auf den Winter, die von Euch bewohnten Wohnungen für die aus Deutschland ausgewiesenen Polen bereit zu halten. Ohne Rücksicht auf Recht, da die deutschen Arbeiter und Behörden als erstere gegen das Recht gehandelt haben, was brauchen wir uns da einem fremden preußischen Recht zu fügen.

Antwort werden wir erwarten in der Zeitung „Pravda“, Poznan, Polwiejska 20 und in der hiesigen Zeitung „Glos Wielkopolski“ Krotoszyn.

Organizacja Robotnicza
na powiat krotoszynski.

Krotoszyn, den 24. Oktober 1920.

Aus der Provinz

— (Verschärfte Maßregeln gegen die Unzukömmlichkeiten im Bäckerberber.) Infolge der überhandnehmenden Verstöße der Bäcker gegen die bestehenden Anordnungen, insbesondere gegen das Verbot der Herstellung von Backwaren aus unvorschriftsmäßigem Mehl ist seitens des Herrn Regierungspräsidenten angeordnet worden, die Bäckerbetriebe in Zukunft strenger zu beaufsichtigen und gegen festgestellte Verfehlungen energisch einzuschreiten. Bevor diese Prüfungen, die jetzt regelmäßig vorgenommen werden müssen, einsetzen, werden nochmals alle Bäcker und Mehlhändler des Kreises auf die genaueste Beachtung aller bezüglich des Verkehrs mit Mehl und Brot erlassenen Bestimmungen, insbesondere auf das Verbot der Herstellung von unvorschriftsmäßigem hellem Gebäck, die sofortige, d. h. unmittelbar nach Aushändigung der Backwaren vorzunehmende Entwertung der Marken, sowohl der Orts-, als auch der Reisbrotmarken hingewiesen.

Sollten bei den Prüfungen der Bäcker und Mehlhändler nicht entwertete Marken gefunden werden, so werden diese unnachlässiglich eingezogen, ohne daß der Betriebsinhaber Mehl dafür vergütet erhält. Es ist also dringend zu empfehlen, daß jede abgenommene Reise- oder örtliche Brotmarke durch Durchstreichen mit Tinte, Blau- oder Rotstift entwertet wird.

Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß es verboten und strafbar ist, Marken im voraus anzunehmen, d. h. ohne gleichzeitige Lieferung der entsprechenden Mengen an Backwaren oder Mehl, ebenso Backwaren oder Mehl vorschußweise auf später erst abzugebende Marken auszuhändigen.

Nach den strikten Weisungen der Reichsstelle sind alle vorgefundenen Mehrmengen an Mehl, bezüglich deren die Betriebsinhaber nicht nachweisen können, daß sie sich erlaubter Weise in ihrem Besitz befinden, gemäß § 72 R.-G.-O ohne Zahlung einer Entschädigung zugunsten der Reichsgerechtsstelle für verfallen zu erklären.

(Aus dem Kreisblatt.)

Beuthen. (Ausländer.) Das Landesfinanzamt amt Oppeln hat zur Verhinderung der Einreise der Ausländer an den Bahnhöfen Randzin und Beuthen Ueberwachungsstellen mit je vier Beamten eingerichtet, die die Kontrolle der Ausweise der Reisenden auf den Strecken Randzin—Deutsch-Rasselwitz, Randzin—Gogolin—Frobusch, Ratibor—Bauerwitz—Leobschütz—Deutsch-Rasselwitz, Morgenroth—Gleiwitz—Randzin, Gleiwitz bezw. Preiskretscham—Groß-Strehlitz, Beuthen—Tarnowitz—Lublinitz vorzunehmen haben.

Scharley. (Volksbetrug.) Aus Scharley wird uns von einem raffinierten Betrug gemeldet, den sich ein Vertreter des deutschen Unterkommisariats aus Scharley zuschulden kommen ließ.

Bei der Eintragung in eine deutsche Abstimmungsliste erklärte er den Leuten, daß die Eintragung in diese Liste polizeilich angeordnet sei und sie daher ihre Unterschrift geben müßten. Dieses Treiben bedeutet eine unerhörte Herausforderung der polnischen Bevölkerung und ist eine trasse Verletzung der Neutralität der betreffenden Behörde. Diese mußte eigentlich gegen den Mann vorgehen und ihn eines besseren belehren. Die Wahrheit obigen Vorfalls wird bekräftigt durch vier Zeugen.

Karlruhe. (Kohlenhamster.) Ist es denn hinter der deutschen Demarkationslinie kälter als bei uns? Man sieht nämlich große Kohlentransporte auf Wagen, die in langen Zügen ohne Unterbrechung nach dem gesegneten Deutschland fahren. Wahrscheinlich beeilt man sich, noch möglichst viel Kohle vor der Abstimmung zu hamstern, da es dann mit der Herrlichkeit aufhört.

Saktau-Turawa. (Polnisches Getreide.) Noch einmal mögen alle erinnert werden, daß die deutschen Behörden die Einfuhrerlaubnis für Getreide aus Polen zu spät erteilt haben und auch nur auf 30 000 Zentner. Deshalb konnte den Reflektanten nicht so viel Getreide zugeteilt werden, wie sie hofften. Daran tragen jedoch einzig und allein die deutschen Behörden die Schuld.

Birkowiz. (Theatervorstellung.) Mit der Theatervorstellung, die vor kurzem in Birkowiz stattfand, waren alle Anwesenden außerordentlich zufrieden. Es würde sich sehr empfehlen, daß die dortige Jugend ein kleines Theaterstück

einüben und im Advent andere zeitgemäße Lieder (Kosendy) lernen möchte, deren wir doch so viel und mit so schönen Melodien haben.

Dambrau. (Grenzschmuggel.) Eigenartige Machereien und Schachereien kann man in den umliegenden Dörfern beobachten. Die Deutschen kaufen alles Getreide auf und verschieben es heimlich nach Deutschland. Einen kleinen Teil davon bringen sie als Mehl zurück, verkaufen es zu Wucherpreisen und prahlen, daß es „deutsches“ Mehl ist.

Jawisc. (Zur Beheizung.) Obwohl die Bürger in Jawisc gut über die laufenden Ereignisse informiert sind, so würde es nicht schaden, wenn sie auf Versammlungen etwas mehr erfahren würden. Auf unseren Versammlungen sprechen Leute, von welchen man noch manches erfahren, oder mit ihnen besprechen könnte.

Jabrze. (Verunglückt.) Beim Revidieren des Vereinsbuches ist gestern auf Delbrückschacht der Zimmerhauer Buchalla aus Makoschau gegen eine Rolle angeschlagen. Er war auf der Stelle tot.

Jabrze. (Unfall auf den Delbrück-Schächten.) Durch herabstürzende Kohlen- und Gesteinsmassen wurden auf den Delbrück-Schächten 7 Mann verschüttet, konnten aber von den Rettungsmannschaften, die alsbald z. Stelle waren, von ihrer gefährlichen Lage befreit und ins Lazarett geschafft werden. Alle sieben erlitten Hautaufschürfungen, sie dürften in einigen Tagen als hergestellt wieder entlassen werden können.

Preiskretscham. (Schwere Körperverletzung.) Der Pferdehändler Johann Qualczyk aus Preiskretscham hatte sich vor dem Schöffengericht wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Am 16. Dezember vorigen Jahres kam der Angeklagte mit seinem Gespann vom Pferdemarkt und hielt in einer Gastwirtschaft in der Nähe von Preiskretscham Raft. Währenddessen gingen ihm seine beiden Pferde durch. Auf der Chaussee von Preiskretscham nach Laband hielten sie, und hier trafen die drei Arbeiter Schwarczina, Bielof und Kurpiers das herrenlose Gespann am Chausseegraben stehend an. Da sie nicht wußten, wem das Gefährt gehörte, gingen sie ihres Weges weiter bis sie plötzlich einen Reiter trafen, der sie nach dem Fuhrwerk fragte. Sie wiesen ihn auf das Gefährt hin und fuhren schließlich mit demselben ein Stück des Weges mit, als sich der Reiter als der Neffe des Inhabers des Gefährtes bezeichnete. Am Gasthaus angekommen, lud sie der jetzige Angeklagte ein, auf ein paar Schnäpse das Gasthaus zu besuchen. Raum waren diese jedoch eingetreten, als er sie des Diebstahls an dem Fuhrwerk bezichtigte und nun in geradezu rabiaten Weise über die Nichtsahnenden herfiel. Qualczyk schlug mit einem dicken Stock auf den Zeugen Schwarczina ein, brach ihm ein Bein und traktierte die beiden anderen Zeugen mit Faustschlägen, sodaß diese wochenlang arbeitsunfähig waren. Der erstere ist heute noch in ärztlicher Behandlung. Die Mißhandelten waren durchweg harmlose ältere Leute. Der Amtsanwalt hatte für diese Rohheit des Angeklagten 3 Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht erkannte auf 600 Mark Geldstrafe, mit welcher Strafe sich der Pferdehändler einverstanden erklärte.

Gietwih. (Der Schnaps ist schuld. . . .) Der Arbeiter Paul Zug aus Hindenburg hatte sich wegen Taschendiebstahls zu verantworten. Der Angeklagte gehörte zum Arbeitersaushub der Wolfganggrube. Im Januar dieses Jahres hatte sein Kollege Werner für den Verkauf eines Waggons Mohrrüben, welcher für die Arbeiter bestimmt war, 1200 Mark vereinnahmt, welche er an die Verwaltung abführen sollte. Er beschloß jedoch auf dieses Geschäft hin, eine „kleine

Ette“ zu machen, und lud hierzu den Angeklagten ein. Sie besuchten mehrere Lokale, in welchen Werner von dem vereinnahmten Gelde ungefähr 250 bis 300 Mark bezahlte. Schließlich gingen sie zu ihm zu Hause, um noch einer mitgebrachten Flasche Cognac den „Hals zu brechen.“ Er hatte sich sein Geld in die Taschentasche gesteckt und diese, im Hause angekommen, auf den Türpfosten gehängt. Schließlich verschwand der Angeklagte Zug unter Zurücklassung seines Huttes. Als Werner am anderen Morgen sein Geld suchte, war es verschwunden. Der Verdacht lenkte sich sofort auf Zug. Dieser war jedoch am fraglichen Abend ziellos umhergeirrt und will irgendwo im Freien übernachtet haben. Er bestritt die Täterschaft. Geld ist bei ihm nicht gefunden worden, als er am anderen Tage nach Hause gelangte. Da Werner in seinem Zustande das Geld verloren haben konnte, und überdies noch andere Personen das Zimmer betreten hatten, wo sich das Geld befand, so reichten die Beweise zu seiner Verurteilung nicht aus und das Gericht sprach ihn frei.

(Tragisches Ende einer Familie.) Vor einiger Zeit hatte sich in der Beuthenerstraße 50 die ledige Hausbesitzerstochter Komersel in Liebeswahn vom zweiten Stockwerk hinabgestürzt und sogleich den Tod gefunden. Vor einigen Wochen verstarb nach kurzer Krankheit der Vater und nun ist am Freitag vormittag noch die Mutter, die während des Unglücks der Tochter im Lazarett lag, nach schwerer Krankheit gestorben. 3 minderjährige Kinder stehen nun mehr am Grabe der Eltern und der Schwester.

Verantwortlicher Redakteur: E. J. Czastka
Druck und Verlag von E. Thielmann.

Toilettenseife ff. parfümiert, hoch
anständig poliert, per
Dtz. 36.50 Mk. a628 Julius Kloga, Spittal in Schles

Frauen, Mädchen werden sie sich bei
Regelstörungen
unbedingt an mich. Sie haben mit meinen Spezialmitteln
in 3 Tagen Erfolg. Garant unschädlich. Diskret Versand
A417 Johanna Hevemann Hamburg 422, Sp. h. Mädchen 34

Schieben Sie

den Einkauf eines Kalenders für das Jahr
1921 nicht länger hinaus, damit Sie den ge-
wünschten auch erhalten.

Große Auswahl
in

Kalendern aller Art

finden Sie in

E. Thielmann's Buchhandlung.

Ein Blüsch-Muff + Frauen

Sonntag im Trippner'schen
Saale

verloren.

Abzugeben in der Geschäfts-
stelle dieser Zeitung

**Laden-Konto-Buch
mit Geld gefunden.**

Abzuholen im Büro des
Poleischen Plebiszit-Komitees in
Kreuzburg Friedr. 10, 1.

Austräger

für die „Kreuzburger Zeitung“
in Blüsch gefunden!

Meldung Zeichn. 1421. Gg.

wenn Ihrer Regel stockt od ganz
die monat. Regel ausbleibt,
sagen Sie ohn- Sorge. Ist befreit
Sie u rette Ihre Gesundheit. Sie
brauchen nicht Hilfe u. neuen Lo-
zu verzagen. Reelle Garantie jed.
Fall. Ohne weitere Unkosten.
Teilen Sie mir mit, wie lange Sie
zu klagen haben. Diskr. Versand

Keine Schwindelmittel, garant.
wird. Viele dankbare Frauen,
welche schon alles vergeblich
versucht hatten, schreiben über-
rascher de 2 Stunden oder am
Wirkung in nächsten
Tage auch in hartnäckig-a, ver-
zweifelte, bereits hoffnungslos.
Füllen Un-
schädlich Reelle Garantie jed.
Fall. Ohne weitere Unkosten.
Teilen Sie mir mit, wie lange Sie
zu klagen haben. Diskr. Versand

Fr. Steeger, Hamburg 6.

Altonaerstrasse 20a

Ich überrei- handerte frohe
be n eit, Dankesg.
L3] bestätigen den Erfolg

Kutschwagen

Wagen aller Art

hat ständig auf Lager

Christian Storek,

In: Robert Storek,

Wagenfabrik und Dampfsägewerk, Konstanz OS.

Reparaturen werden sachgemäß ausgeführt

Herrnstoffmuster kostenlos

Als bestes Weihnachtsgeschenk empfehle ich rein-
wollene Herrenstoffe, hervorragend schöner
Qualität und geschmackvollster Musterung zum

Fabrikpreis von Mk. 110,—

Vorteilhafte Versandbedingungen durch ein altbe-
währtes Geschäft, das zu Fabrik- und Gross-
handelspreisen jedermann zuverlässig bedient.

Konrad Machule, Tuchweberei, Forst (Lausitz)

Gute Bücher

für den

Weihnachts-Tisch,

sowie

Weihnachtsmusikstücke

hält in grosser Auswahl am Lager
u. besorgt nicht Vorrätiges schnellstens

E. Thielmann's Buch- u. Papierhandlung

Kreuzburg O.-S., Ring 14.